

Thomas Kestler

Die politischen Parteien

Die Venezolaner haben ein gespaltenes Verhältnis zu den politischen Parteien. Zur Zeit der Parteienhegemonie zwischen 1958 und 1993, dem sogenannten „Puntofijismo“, galten die Parteien als unrepräsentative Machtinstrumente. Man machte die Korruption und die Misswirtschaft der Parteien dafür verantwortlich, dass der Ölboom der 1970er Jahre nicht zu dauerhaftem Wohlstand, sondern in eine schwere, anhaltende Wirtschaftskrise geführt hatte. Auf der anderen Seite wurde aber die stabilisierende Funktion der Parteien als unverzichtbar anerkannt und nicht wenige Venezolaner suchten Anschluss an eine Partei, um sich Zugang zu Posten und sonstigen Privilegien zu verschaffen.

Der aktuelle Präsident Hugo Chávez wurde vor allem deshalb im Jahr 1998 gewählt, weil er sich glaubhaft von den traditionellen Parteien abgrenzte. In der neuen Verfassung von 1999 werden die Parteien kein einziges Mal erwähnt und die Aversion gegen sie geht sogar so weit, dass in Artikel 67 ausdrücklich jede staatliche Finanzierung von „Gruppen mit politischen Zielen“ untersagt wird. Inzwischen hat aber auch Chávez erkannt, dass die populistische Mobilisierung von oben der Ergänzung durch organisatorische Strukturen an der Basis bedarf und deshalb Ende des Jahres 2006 die Gründung einer neuen „Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas“ (*Partido Socialista Unido de Venezuela*, PSUV) verfügt, die sich inzwischen als Patronage- und Mobilisierungsinstrument bewährt hat. Parteien sind, so scheint es, ein fester Bestandteil des politischen Systems in Venezuela. Ihre Funktionen unterscheiden sich aber grundlegend von denen ihrer Pendanten in westlichen Demokratien.

In diesem Beitrag wird zunächst ein kurzes Resümee der Parteienentwicklung seit den 1930er Jahren gezogen und die Funktionsweise des venezolanischen Parteienstaats beschrieben, wie er sich zwischen 1958 und 1993 herausgebildet hat.¹ Anschließend wird die Entwicklung in den 1990er Jahren dargestellt, als das Parteiensystem einen fundamentalen Wandel durchlief, die traditionellen Parteien in einer existentiellen Krise versanken und

1 Für eine ausführliche Darstellung siehe Werz (1983) und Kestler (2009).

damit das Feld für den Aufstieg des Populisten Hugo Chávez bereitet wurde. Während dessen Regierungszeit seit 1999 fand insofern eine Rückkehr zum *Status quo ante* statt, als inzwischen erneut ein hegemonialer Akteur das Parteiensystem dominiert, nun jedoch in Form eines Einparteiensystems, das, anders als vor 1993, keine Alternation an der Macht zulässt. Im dritten, ausführlichsten Abschnitt des Artikels wird die Vorgeschichte der chavistischen Bewegung und ihre Entwicklung nach 1998 sowie die Rolle der übrigen Parteien unter der Hegemonie des *Chavismo* beschrieben.

1. Die Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems bis 1993

Die Ursprünge des venezolanischen Parteienstaats liegen in den 1930er Jahren, als eine wachsende städtische Mittelschicht gegen die seit 1908 bestehende Diktatur von Juan Vicente Gómez aufbegehrte (Martz 1964; 1966). Nach dem Tod des Diktators 1935 errichteten die Pioniere der späteren Parteien aus der sogenannten "Generation von 1928", die ihre politischen Aktivitäten an der Zentraluniversität in Caracas begonnen hatten, nach und nach flächendeckende Organisationsstrukturen und bedienten sich dabei nicht zuletzt auch der in den ländlichen Regionen bestehenden Patron-Klient-Beziehungen (Powell 1971). Am erfolgreichsten war dabei die Vorläuferorganisation der national-populistischen *Acción Democrática* (AD) unter Führung von Rómulo Betancourt, der *Partido Democrático Nacional* (PDN) (Martz 1966).

Das Verhältnis zwischen den städtischen Eliten und ihrer Gefolgschaft in der Peripherie war von Beginn an von einer starken Asymmetrie geprägt, die auch für die späteren Parteien charakteristisch bleiben sollte. Ein weiteres Merkmal der venezolanischen Parteien war ihr Ausgreifen auf den Bereich der organisierten Interessen. Da die Parteien darum konkurrierten, das bis dahin unerschlossene politische Potential der breiten Bevölkerungsmasse für sich zu nutzen, versuchten sie, über den Einfluss auf Gewerkschaften und andere Interessengruppen ihre Basis zu erweitern und ihre Mobilisierungsfähigkeit zu erhöhen. Diesem Zweck diente auch eine möglichst allgemeine und inklusive Programmatik, wie sie alle Parteien – mit Ausnahme der 1931 gegründeten Kommunistischen Partei – auszeichnete. Anstatt spezifische Bevölkerungssegmente anzusprechen, bezeichneten sie sich als *policlasista* – als klassenübergreifende Organisationen, womit sie einer in ganz Lateinamerika anzutreffenden Variante des *Catch-all*-Typus entsprachen (Dix 1989).

Die Parteienentwicklung erhielt in den 1940er Jahren, während des sogenannten “Tienio”, einen entscheidenden Schub, als kurzzeitig ein demokratisches System etabliert wurde und freie, allgemeine Wahlen stattfanden. In dieser Phase bildete sich mit AD, dem christdemokratischen COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente* – Unabhängiges Organisationskomitee für Politik und Wahlen),² der Kommunistischen Partei (PCV) und der als Sammelbecken unabhängiger Wähler gegründeten *Unión Republicana Democrática* (URD) der Stamm des venezolanischen Parteiensystems heraus, das sich in der Folge durch zahlreiche Spaltungen vielfach verzweigte. Die eigentliche Gründung der venezolanischen Demokratie erfolgte nach dem Ende der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez im Jahr 1958. Während der Phase des Übergangs spielten die Parteien eine entscheidende Rolle, indem sie auf der Ebene der Eliten einen Grundkonsens beförderten, der seinen Ausdruck in dem berühmten “Pakt von Punto Fijo” fand. Darin verpflichteten sich die maßgeblichen Parteien AD, COPEI und URD – ausgeschlossen blieb die Kommunistische Partei –, das Ergebnis der Wahlen vom Dezember 1958 zu respektieren. Darüber hinaus vereinbarten sie eine Beteiligung aller Vertragspartner an der Regierung, unabhängig vom Wahlausgang. Auf Initiative der Parteien kam auch ein Sozialpakt zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftsvertretern zustande. An die Stelle des Hegemonialkampfes, wie er während des “Tienio” ausgetragen worden war, trat damit das Modell eines Elitenkonsenses (Karl 1987; López Maya/Gómez Calcaño/Maingón 1989).

Dieses Modell beschränkte sich nicht auf die kritischen Jahre nach der Diktatur, sondern es bildete ein zentrales Funktionsprinzip des venezolanischen Parteienstaats, der sich immer mehr zu einem Machtkartell aus AD und COPEI entwickelte. Während in den 1960er Jahren unabhängige Präsidentschaftskandidaten wie der Schriftsteller Arturo Uslar Pietri Überraschungserfolge erzielen konnten, erreichte die Dominanz von AD und COPEI nach 1968 ein Ausmaß, das Neueinsteigern keine Chance ließ. 1970 schlossen AD und COPEI einen Pakt, mit dem die zuvor erbittert geführten Auseinandersetzungen um die Besetzung des Parlamentspräsidiums und anderer wichtiger Ämter mittels einer Proporzregelung beigelegt wurden. Diese und ähnliche Praktiken zeigen, dass der politische Prozess in Venezue-

2 Der sperrige Name ist darauf zurückzuführen, dass diese Organisation zunächst nicht als Partei konzipiert war. Die eigentliche Parteigründung erfolgte auf der dritten nationalen Konvention im März 1948, wo sich die Partei den Namen *Partido Socialcristiano* – COPEI gab. 2007 benannte sie sich in COPEI – *Partido Popular* um.

la vorwiegend auf informellen Arrangements und Ad-hoc-Bündnissen innerhalb der Elite beruhte, wobei die Parteien eine zentrale Moderatorenrolle einnahmen (Crisp 1992). Die Kapazitäten des Paktmodells, gegensätzliche Interessen zum Ausgleich zu bringen, waren allerdings begrenzt. Den Parteien fiel deshalb die Aufgabe zu, die Interessen, die Eingang in den politischen Entscheidungsprozess fanden, zu kontrollieren und zu selektieren. Über klientelistische Netzwerke und die korporativistische Einbindung nahezu aller Interessengruppen wurden stabile Loyalitäten geschaffen und die politischen Aktivitäten an der Basis einer strikten Kontrolle unterworfen.

In der elektoralen Arena vertraten die Parteien ausnahmslos eine übergreifende Einheitsformel nach dem *policlasista*-Schema. Ihr Programm beruhte auf einem staatszentrierten Entwicklungsmodell, das mit starken sozialen und nationalistischen Elementen unterlegt war. Innergesellschaftliche Konflikte hingegen wurden ausgeklammert, um eine möglichst breite Mobilisierung der Bürger sicherzustellen. Diese Mobilisierung erfolgte in massiver Form und unter Einsatz ungeheurer Ressourcen. Sie blieb aber strikt auf den Wahlprozess beschränkt, der alle fünf Jahre stattfand und immer mehr zu einem inhaltsleeren Ritual verkam (Silva Michelena/Sonntag 1979; Peniman 1980; Sonntag/Maingón 1990). Die Parteien erzeugten mit Hilfe von Massenveranstaltungen und einem propagandistischen Feuerwerk jeweils zum Wahltermin eine "kollektive Hypnose" (*El Nacional*, 29.06.1984: D18), unterbanden während der übrigen Zeit aber jede Form der politischen Agitation (Njaim 1981).

Entsprechend beschränkt blieb auch die Mitwirkung der Parteimitglieder an den internen Entscheidungsprozessen. Sämtliche Parteien entsprachen dem auf Lenin zurückgehenden Prinzip des demokratischen Zentralismus – ein Euphemismus für eine Parteiorganisation, in der die Parteiführung disproportionale Machtinstrumente in Händen hält und selbst so gut wie keiner Kontrolle durch die Basis unterliegt. Äußerlich folgten die Parteien zwar demokratischen Prinzipien, indem sie regelmäßig interne Wahlen abhielten, die internen Wahlprozesse wurden aber über die Seilschaften der maßgeblichen Parteicaudillos gesteuert und bildeten lediglich die *Ultima Ratio*, falls die Machtverhältnisse zwischen den rivalisierenden Fraktionen in der Parteiführung anders nicht geklärt werden konnten (Coppedge 1994; Kestler 2009).

Die zentralen Funktionsprinzipien des venezolanischen Parteienstaats waren also die Kontrolle des politischen Lebens und eine effektive Mobilisierung durch die Parteien. Kontrolle war nötig, um den Elitenkonsens zu

erhalten und um ein Gleichgewicht zwischen den Ansprüchen der Bürger und den staatlichen Ressourcen zu gewährleisten (Rey 1987). Die möglichst umfassende Mobilisierung der Bürger bei Wahlen diene der Legitimierung eines Systems, das keine andere Form der Beteiligung zuließ. Während in der Konzeption deutscher Staatsrechtler die Parteien als Instrumente dienen, "durch die der Bürgerwille auch zwischen den Wahlen verwirklicht werden kann" (Rudzio 1976: 119), bestand die Essenz des venezolanischen Parteienstaats gerade darin, die Partizipation der Bürger zu kontrollieren und auf den Wahlakt zu fokussieren. Die Parteien nahmen im Kontext des venezolanischen politischen Systems somit grundlegend andere Funktionen wahr, als Parteien in westlichen Demokratien. Sie traten nicht als Vertreter und Vermittler spezifischer gesellschaftlicher Sektoren in Erscheinung, sondern gewährleisteten eine Institutionalisierung des politischen Prozesses über ein Wechselspiel aus Kontrolle und Mobilisierung. Voraussetzung für das Funktionieren dieses Systems war die Verfügung über den Staatsapparat und die Einnahmen aus dem Ölgeschäft.

Nach dem Beginn der Wirtschaftskrise Anfang der 1980er Jahre gelang es den Parteien immer weniger, ihre Funktionen wahrzunehmen (Navarro 1995). Als die Verteilungsspielräume schrumpften, nahmen ihre Kontroll- und Mobilisierungskapazitäten ab. AD und COPEI versuchten vergeblich, sich durch programmatische und organisatorische Reformen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Stattdessen gerieten sie noch mehr in die Defensive, als nach langem Ringen in den Jahren 1989 bis 1992 einige substantielle Reformen des politischen Systems, insbesondere in den Bereichen Wahlrecht und Dezentralisierung, durchgesetzt wurden. Indirekte Folge dieser Reformen war nämlich, dass den Parteien Konkurrenten erwuchsen, die aufgrund der neu eingeführten Direktwahl der Gouverneure und der Bürgermeister auf regionaler und lokaler Ebene Fuß fassen konnten. Aus dem stabilen Zwei-Parteien-System, das seit Ende der 1960er Jahre bestanden hatte, wurde zu Beginn der 1990er Jahre ein stark volatiles Mehrparteiensystem (Molina Vega 2003).

2. Die Krise des Parteienstaats und die Entwicklung des Parteiensystems in den 1990er Jahren

Gegen Ende der 1980er Jahre spitzte sich die Krise des venezolanischen Parteienstaats akut zu, als die bereits seit mehr als einer Dekade angestauten ökonomischen Ungleichgewichte zu drastischen Stabilisierungsmaßnahmen zwangen. Der im Dezember 1988 gewählte Präsident Carlos Andrés Pérez

(AD), der im Wahlkampf noch den Eindruck erweckt hatte, er würde die populistische Ausgabenpolitik seiner Vorgänger fortsetzen, leitete nach seiner Amtsübernahme unvermittelt ein wirtschaftliches Reformprogramm ein, das weitgehend den Leitlinien des Washingtoner Konsenses folgte. Auf diese Weise brachte er einen Grundpfeiler der Parteienherrschaft – die breite Umverteilung der Ölgelder durch einen starken, paternalistischen Staat – zum Einsturz und löste damit nicht nur schwere wirtschaftliche Verwerfungen, sondern auch eine tiefe Legitimitätskrise des politischen Systems aus (Levine/ Crisp 1999; Boeckh 2000/2001).

Für die AD wurde die Präsidentschaft Pérez' zu einem Desaster. Seit ihrer Gründung 1941 hatte die Partei sich als Vertreterin der breiten Volksmassen verstanden und eine entsprechend populistische Programmatik verfolgt. Die Reformpolitik Pérez' bedeutete eine Abkehr von dieser Tradition und eine Erschütterung für das Selbstverständnis der Partei. Angesichts massiver Widerstände in der Bevölkerung setzten sich große Teile der AD von Pérez ab. Bei der Neuwahl der Parteiführung im Jahr 1991 triumphierten die Gegner des Präsidenten unter Führung des neuen Generalsekretärs Luis Alfaro Ucero.³ Nach zwei Putschversuchen im Jahr 1992 wurde die Lage Pérez' immer prekärer, bis er schließlich in einem verfassungsrechtlich problematischen Manöver im Mai 1993 von Legislative und Oberstem Gericht abgesetzt wurde. Nach der Absetzung Pérez' betrieb Alfaro Ucero auch dessen Ausschluss aus der Partei. Damit befand sich die AD endgültig in der Hand des sogenannten orthodoxen Parteiflügels, der in der Nachfolge des Parteigründers Rómulo Betancourt für die traditionellen Funktionsprinzipien des venezolanischen Parteienstaats stand. Die Krise der AD war damit aber nicht überwunden. Die Dezentralisierung schuf weitere interne Fronten und erschwerte die zentralisierte Kontrolle durch die Parteiführung. Dies zeigte sich bei der Urwahl des Präsidentschaftskandidaten im Jahr 1993, als sich die Parteibasis für einen Außenseiter, Claudio Fermín, entschied, der sich als Bürgermeister von Caracas einen Namen gemacht hatte. Die Kandidatur Fermíns zeugte von einem Trend der zunehmenden Personalisierung in der elektoralen Arena, der zu Lasten der Parteien ging und deren Monopol bei der Mobilisierung der Wähler untergrub. Diesen Trend aufzuhalten gelang Alfaro Ucero, einem Parteicaudillo der alten Schule, nicht. Zwar hatte er die

3 Innerhalb der traditionellen venezolanischen Parteien nahm der Generalsekretär, der den Vorsitz im zentralen Leitungsorgan (dem *Comité Nacional* bei COPEI bzw. dem *Comité Ejecutivo Nacional* bei der AD) führte, eine herausragende Machtposition im Partegefüge ein.

Partei zwischen 1994 und 1998 fest im Griff und konnte während der Präsidentschaft von Rafael Caldera, der auf die Stimmen der AD im Parlament angewiesen war, ihren Einfluss wahren, doch erodierte ihre Mitgliederbasis stetig weiter. Als die Führungsriege der AD unmittelbar vor den Wahlen im Dezember 1998 erkennen musste, dass die bewährten Kontrollmechanismen nicht mehr griffen und ihr die Macht endgültig zu entgleiten drohte, putschte sie gegen ihren Generalsekretär und Präsidentschaftskandidaten Alfaro Uce-ro und stellte sich auf die Seite des unabhängigen Kandidaten Enrique Salas Römer. Der Wahlsieg Chávez', der den Niedergang des venezolanischen Parteienstaats besiegelte und eine neue Ära des unkontrollierten, autokratischen Populismus einläutete, ließ sich damit aber nicht verhindern.

Noch krisenhafter verliefen die 1990er Jahre für die zweite große Parteimaschinerie, COPEI. Jahrzehntlang war es dieser Partei trotz permanenter interner Spannungen gelungen, eine größere Spaltung zu vermeiden, womit sie die Ausnahme unter den venezolanischen Parteien bildete (Herman 1980). An der Spitze der Partei stand bis 1994 Eduardo Fernández, der bereits 1979 das Amt des Generalsekretärs übernommen hatte. Fernández galt lange Zeit als Vertrauter von Rafael Caldera, dem Übervater der Partei, der COPEI Mitte der 1940er Jahre als konservative, christdemokratische Opposition zur AD mitbegründet hatte. Caldera hatte zwischen 1969 und 1974 das Präsidentenamt inne und war mit Ausnahme der Jahre 1973 und 1978 stets Präsidentschaftskandidat COPEIs gewesen. Als er 1988 eine weitere Kandidatur anstrebte, kam es zum Bruch mit Fernández, der ebenfalls auf einer Kandidatur beharrte. Auf einem Nominierungskonvent im November 1987 setzte sich Fernández deutlich gegen Caldera durch, verlor dann aber die Wahlen gegen Carlos Andrés Pérez. Zu einer erneuten Konfrontation kam es im Vorfeld der Wahlen von 1993. Dieses Mal weigerte sich Caldera, das parteiinterne Nominierungsverfahren zu akzeptieren, da Fernández nach wie vor den Parteiapparat kontrollierte (Ellner 1996). Auch auf der programmatischen Ebene zeigte sich eine Entfremdung zwischen ihm und seiner Partei. Anders als Fernández, der Präsident Pérez unterstützte, bezog Caldera eine entschiedene Gegenposition zu den neoliberalen Reformen der Regierung und zum politischen Status quo insgesamt. Ein Bruch wurde damit unvermeidlich. Zu Beginn des Jahres 1993 trennte sich Caldera mit zahlreichen Gefolgsleuten von COPEI und löste damit eine nachhaltige Erschütterung des Parteiensystems aus. Mit seiner neuen Partei namens *Convergencia Nacional* und der Unterstützung einer Reihe weiterer Parteien gewann Caldera die Präsidentschaftswahlen und beendete damit die Ära der

Zwei-Parteien-Herrschaft. COPEI erholte sich vom Schock dieser Spaltung nicht mehr. Auf einer Parteikonvention im Dezember 1994 wurde die Führung um Generalsekretär Fernández von der Fraktion des ehemaligen Staatspräsidenten Luis Herrera Campíns abgelöst, die für eine direkte Massenmobilisierung außerhalb des von der Partei kontrollierten Rahmens eintrat. Diese Strategie endete im Jahr 1998 in einem Desaster, als COPEI – gegen den erbitterten Widerstand des Fernández-Flügels – mit Irene Sáez eine unabhängige Präsidentschaftskandidatin nominierte, dieser aber, als ihre Umfragewerte immer weiter sanken, im letzten Moment die Unterstützung versagte. COPEI verlor im Laufe der 1990er Jahre dramatisch an Boden. Sein Zweitstimmenanteil sank von 31,1% im Jahr 1988 auf 5,1% im Jahr 2000.

Von diesem Abstieg COPEIs konnte Calderas *Convergencia Nacional* nur kurzzeitig, im Jahr 1993, profitieren. Bereits bei den Regionalwahlen des Jahres 1995 fiel sie auf unter 10% der Stimmen. Da es sich um eine heterogene, rein personalistische Gruppierung handelte, verschwand die Partei nach dem Ende der Präsidentschaft Calderas wieder von der Bildfläche der nationalen Politik. Lediglich auf regionaler Ebene konnte sie sich dank populärer Führungspersönlichkeiten und im Bündnis mit anderen Parteien noch einige Jahre behaupten.

Längst waren aber im Zuge der Dezentralisierung weitere neue Mitspieler in das Parteiensystem eingetreten. Einer dieser neuen Akteure war die *Causa R* (R für “radical”), die sich von einer kleinen, regionalen Basisbewegung im östlichen Staat Bolívar zu Beginn der 1990er Jahre zu einer bedeuteten politischen Kraft entwickelte. Diese vor allem von Gewerkschaftern getragene Partei war bereits 1971 nach einer Spaltung der Kommunistischen Partei gegründet worden, erlangte aber erst im Zuge der Dezentralisierung auf nationaler Ebene Bedeutung. 1988 errang die *Causa R* drei Abgeordnetenmandate und nutzte in der Folge die Bühne des Parlaments für eine fundamentale Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung Pérez, was ihr einen guten Teil des Protestpotentials in der Bevölkerung zuführte. Entgegen der üblichen Praxis verzichtete die *Causa R* sowohl auf eine Massenorganisation als auch auf Bündnisse mit anderen Parteien und kultivierte so das Bild einer unkonventionellen, nicht korrupten Alternative (López Maya 1997; Buxton 2001). 1989 gewann mit Andrés Velásquez ein Vertreter der *Causa R* die Gouverneurswahlen im Staat Bolívar gegen den Kandidaten der AD. Dieser Erfolg setzte sich im Dezember 1992 fort, als der Kandidat der *Causa R*, Aristóbulo Istúriz, bei der Bürgermeisterwahl in Caracas erfolgreich war. Nach dem symbolträchtigen Wahlsieg in Caracas stellte Istúriz

fest: "Die Parteimaschinerien sind schlagbar" (*El Nacional*, 07.12.1992: D1). Gestützt auf seine erfolgreiche Amtsführung als Gouverneur und seine landesweite Popularität präsentierte Andrés Velásquez im Februar 1993 seine Kandidatur für das Präsidentenamt, mit der er nur knapp und mutmaßlich auch an Wahlbetrug scheiterte. Im Parlament erhielt die Partei 40 Sitze und spielte damit eine wichtige Rolle während der Präsidentschaft Calderas, dessen Koalition aus *Convergencia Nacional* und dem *Movimiento al Socialismo* (MAS – Bewegung zum Sozialismus) über keine Parlamentsmehrheit verfügte.

Bereits kurz nach ihren eindrucksvollen Erfolgen zu Beginn der 1990er Jahre geriet die *Causa R* allerdings in eine schwere Krise. Sie wurde zum Anlaufpunkt zahlreicher Opportunisten und verlor rasch den Charakter einer unkonventionellen, authentischen Bewegung (Buxton 2001). Hinzu kamen organisatorische Eigenarten wie das Konsensprinzip, das für alle internen Entscheidungsprozesse galt, sowie das Fehlen einer flächendeckenden Organisation. In vielen Staaten war die *Causa R* nicht präsent und konnte deshalb ihre Position bei den Regional- und Kommunalwahlen nicht ausbauen. Ihr Erfolg war vor allem dem Staat Bolívar und der Hauptstadt Caracas zu verdanken. Bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1993 hatten diese Hochburgen die meisten Stimmen zum Ergebnis von Andrés Velásquez beige-steuert, während er in vielen anderen Regionen abgeschlagen blieb. Als bei den Regional- und Kommunalwahlen des Jahres 1995 sowohl der Gouverneursposten in Bolívar als auch das Bürgermeisteramt in Caracas an AD-Vertreter fielen, bedeutete dies einen Schock für die *Causa R*. Daraufhin brachen interne Spannungen zwischen den Fraktionen von Generalsekretär Pablo Medina und Andrés Velásquez auf, die sich gegenseitig für den Misserfolg verantwortlich machten.

Neben persönlichen Rivalitäten lagen diesem Konflikt auch divergierende politische Entwürfe zugrunde, die sich bereits vier Jahre zuvor an der Frage kristallisiert hatten, ob man den Putsch vom Februar 1992 – in dessen Vorbereitung die *Causa R* involviert war – unterstützen sollte oder nicht. Während der ehemalige Guerillero Medina mit den Militärs um Chávez pak-tiert hatte und auch nach 1992 deren radikale Konzepte unterstützte, war der Gewerkschafter Velásquez nach 1989 zunehmend auf eine pragmatische Linie eingeschwenkt und befürwortete beispielsweise die Öffnung des – im Jahr 1976 verstaatlichten – Ölsektors für private Investoren. In der gewachsenen Bedeutung auf nationaler Ebene sah er auch eine größere Verantwortung und plädierte dafür, mit der "politischen Steinewerferei" aufzuhören (*El*

Nacional, 23.01.1996). Bereits im Mai 1996 war von einer möglichen Spaltung die Rede, als sich die beiden Fraktionen nicht auf einen neuen Generalsekretär einigen konnten. Im Februar 1997 sprach dann Velásquez öffentlich von der Notwendigkeit eines "zivilisierten Bruchs" und leitete damit die Spaltung ein (*El Universal*, 23.02.1997). Seine Fraktion behielt nach einer Entscheidung der Wahlbehörde den Parteinamen und das Parteivermögen. Der Sektor um Pablo Medina, dem der größere Teil des Führungspersonals und der Parlamentsfraktion folgte, gründete eine neue Partei mit dem Namen *Patria Para Todos* (PPT – Heimat für alle). Diese schloss sich im Vorfeld der Wahlen von 1998 dem *Polo Patriótico* an, einem Parteienbündnis, das die Kandidatur von Hugo Chávez unterstützte. Die verbliebene *Causa R* ging zunächst ein Wahlbündnis mit der unabhängigen Kandidatin Irene Sáez ein, nominierte dann aber mit dem Gewerkschafter Alfredo Ramos einen eigenen Präsidentschaftskandidaten, nachdem Sáez sich mit COPEI eingelassen hatte. Bei den folgenden Wahlen erhielt die *Causa R* lediglich 0,1% der Erst- und 3% der Zweitstimmen.

Auch der MAS, der wie die *Causa R* aus der Spaltung der Kommunistischen Partei im Jahr 1970 hervorgegangen war, konnte zu Beginn der 1990er Jahre von den politischen Reformen profitieren. Lange Jahre hatte der MAS unter Führung von Teodoro Petkoff und Pompeyo Márquez versucht, sich mit einer nationalen, reformerischen Variante des Sozialismus – ähnlich der Programmatik der frühen AD – als dritte Kraft im Parteiensystem und als Alternative zu den diskreditierten "Parteien des Status" zu etablieren (Ellner 1988). Dies gelang ihm aber erst mit den Wahlen des Jahres 1988, als er über 10% der Zweitstimmen erhielt, nachdem er sich mit dem *Movimiento de Izquierda Revolucionaria* (MIR – Bewegung der revolutionären Linken) zusammengeschlossen hatte.⁴ Bei den nachfolgenden Regionalwahlen konnte der MAS einige Erfolge erzielen und sich einzelne Hochburgen, insbesondere im Staat Aragua, schaffen. Dies führte aber auch zu verschärften internen Rivalitäten, da diese Wahlerfolge regionalen Führungspersonlichkeiten, nicht der nationalen Parteiführung, zugeschrieben wurden. Anders als AD und COPEI hatte der MAS schon früh ein proportionales Verfahren bei internen Wahlen eingeführt, was den Fraktionalismus innerhalb der Partei noch verstärkte. Zudem ging der MAS auf regionaler Ebene zahlreiche, teilweise widersprüchliche Bündnisse mit anderen Parteien ein, die das Erschei-

4 Der MIR war eine der größeren Parteien des hoffnungslos zersplitterten linken Spektrums. Er war 1960 von jungen, links orientierten Führungsmitgliedern der AD gegründet worden und hatte bereits mehrmals eine Wahlallianz mit dem MAS geschlossen.

nungsbild der Gesamtpartei beeinträchtigten und ihren ohnehin geringen Zusammenhalt zusätzlich schwächten (*El Nacional*, 14.02.1993).

Der MAS war im Jahr 1993 eine der wichtigsten Stützen der Kandidatur Calderas und bildete nach dessen Wahlsieg eine Koalition mit *Convergencia Nacional*. Als aber mit zunehmenden wirtschaftlichen Problemen die Popularität des Präsidenten sank, brachte dies den MAS in eine Zwangslage. Zu Beginn des Jahres 1996 zerfiel die Parteiführung in zwei Lager, von denen das eine ein Oppositionsbündnis mit COPEI einging und das andere auf der Seite der Regierung verblieb. Zu letzterer Gruppe zählte Teodoro Petkoff, der mit dem Planungsministerium sogar eine Schlüsselposition in der Regierung übernahm. Dies dokumentierte die tiefe Identitätskrise des MAS, der in der volatilen, von wirtschaftlicher Unsicherheit und sozialer Unrast geprägten politischen Landschaft der 1990er Jahre seine Rolle nicht finden konnte. Eine Urwahl im April 1997 sollte Klarheit in den internen Verhältnissen schaffen, führte aber stattdessen in eine schwere Krise, weil die unterlegene Seite die Ergebnisse nicht anerkannte. Erst auf einer *Convención Nacional* im Oktober konnte der Konflikt beigelegt und Leopoldo Puchi im Amt des Generalsekretärs bestätigt werden.

Die Spannungen nahmen erneut zu, als im Vorfeld der Wahlen von 1998 Stimmen laut wurden, die eine Unterstützung Chávez' befürworteten, was die alte Garde um Petkoff und Márquez entschieden ablehnte (*El Universal* 23.05.1998). Die Fürsprecher Chávez' in der Parteiführung – Generalsekretär Puchi und Parteipräsident Felipe Mujica – hatten vor allem die Umfragewerte im Blick, während die Parteibasis Sympathien für den von Chávez angekündigten radikalen Wandel zeigte. Auf einer Delegiertenversammlung im Juni 1998 behielt letztere Fraktion die Oberhand. Chávez wurde per Akklamation, unter Umgehung des vorgesehenen Verfahrens, von den anwesenden Delegierten und Besuchern als Präsidentschaftskandidat des MAS nominiert (*El Nacional*, 13.06.1998). Petkoff und Márquez trennten sich daraufhin von der Partei, die sie mitbegründet hatten.

Das Parteiensystem der 1990er Jahre war Spiegel einer fundamentalen Umgestaltung des politischen Systems, die auch als Hegemonialkrise der traditionellen Parteien beschrieben wurde (Lander/López Maya 2000). Diese führte zu einer Deinstitutionalisierung nicht nur des Parteiensystems, sondern des politischen Prozesses insgesamt, was sich beispielsweise darin äu-

berte, dass die Wahlergebnisse zunehmend in Zweifel gezogen wurden.⁵ Zugleich eröffneten sich Einstiegschancen für neue Parteien wie die *Causa R* oder *Convergencia*, die aber nach ihrem raschen Aufstieg ihre Position nicht festigen konnten. Bis zum Ende der 1990er Jahre behielt das Parteiensystem seinen volatilen, deinstitutionalisierten Charakter.

3. Der Aufstieg Chávez' und die Rolle der Parteien nach 1998

Mit der *Causa R* und dem MAS gerieten gegen Ende der 1990er Jahre auch diejenigen Parteien in die Krise, die zunächst noch vom Niedergang ADs und COPEIs profitiert hatten. An ihre Stelle traten nun rein personalistische Gruppierungen wie die Wahlplattform von Irene Sáez Conde, die dem breiten Publikum als ehemalige "Miss Universe" gut bekannt war und die sich seit 1993 als Bürgermeisterin des Stadtteils Chacao in Caracas auch auf dem Feld der Politik Ansehen erworben hatte. Unter den potentiellen Präsidentschaftskandidaten führte sie lange Zeit die Umfragen an, weshalb sie von verschiedensten Seiten umworben wurde. Im Mai 1998 organisierte sie ihre Anhängerschaft in einer Wahlplattform mit dem Namen *Integración, Renovación, Nueva Esperanza* (IRENE – Integration, Erneuerung, neue Hoffnung). Da sie zugleich von den organisatorischen Kapazitäten eines Parteiapparats profitieren wollte, akzeptierte sie im Juni 1998 die Nominierung durch COPEI, was angesichts des Prestigeverlusts der traditionellen Parteien ein schwerer taktischer Fehler war. Im Laufe des Jahres 1998 sanken ihre Umfragewerte stetig, während die anderen Kandidaten aufschlossen.

Vor allem der vom Putschisten zum Volkstribun mutierte Hugo Chávez setzte seit Beginn des Jahres 1998 zu einem beispiellosen Höhenflug an. Während seiner Haft zwischen 1992 und 1994 hatte er sich angesichts der gewaltigen Popularität, die ihm der Putsch eingebracht hatte, zu einem Eintritt in die politische Arena entschlossen und vielfältige Kontakte geknüpft. Im März 1994 wurde er von Präsident Caldera als Geste der Aussöhnung und zur Beruhigung der angespannten politischen Situation begnadigt. Nach seiner Freilassung betrieb er die Umwandlung seiner überwiegend aus Militärs bestehenden Verschwörergruppe, des *Movimiento Bolivariano Revolucionario-200*,⁶ in eine Massenbewegung, die als Gegenprojekt zu den etab-

5 Bei den Regionalwahlen der Jahre 1992 und 1995 kam es zu erheblichen Unregelmäßigkeiten, weshalb in einigen Staaten die Wahlen wiederholt werden mussten. Der Präsidentschaftswahl von 1993 haftet bis heute der Ruch der Manipulation an.

6 Der Zusatz 200 bezog sich auf den 200. Geburtstag Simón Bolívars, der auf das Jahr 1983 fiel.

lierten Parteien und zum bestehenden politischen System insgesamt konzipiert war (López Maya 2003).

Die Ursprünge des MBR-200 lagen in den 1970er Jahren, als im Militär und insbesondere in der Armee die Unzufriedenheit mit der Korruption, der Ungleichheit und der mangelnden Repräsentativität des politischen Systems wuchs. Seine ersten konspirativen Aktivitäten entwickelte Chávez 1977, als er gemeinsam mit drei Kameraden einen geheimen Bund mit dem Namen *Ejército de Liberación del Pueblo de Venezuela* (Befreiungsheer des Volkes Venezuelas) gründete. Noch im selben Jahr stießen Miguel Ortiz Contreras und Jesús Urdaneta Hernández, zwei Führungsmitglieder des späteren MBR-200 und Protagonisten des Putsches vom Februar 1992, zu der Gruppe. Bei der Suche nach alternativen programmatischen Entwürfen bedienten sich die Verschwörer aus dem Fundus der nationalen Geschichte und beriefen sich insbesondere auf drei historische Figuren: den Befreier Simón Bolívar, dessen Lehrer Simón Rodríguez und den Caudillo Ezequiel Zamora (Blanco Muñoz 1998: 68ff.; Garrido García 2002). Aus den teilweise widersprüchlichen (Bolívar) oder sehr spärlichen (Zamora) Überlieferungen dieser Gestalten suchten sie sich diejenigen Elemente zusammen, die ihnen passend erschienen und interpretierten sie in ihrem Sinne, weshalb das Programm des *Chavismo* von Beginn an einen sehr eklektischen und inkohärenten Charakter besaß. In den folgenden Jahren erweiterte sich die Zelle und ihre Mitglieder stiegen nach und nach in der militärischen Hierarchie auf. Im Dezember 1982 gründeten Chávez, Urdaneta Hernández und Felipe Acosta Carles, die zu diesem Zeitpunkt alle drei im Rang eines Hauptmanns standen, in einem feierlichen Schwur eine geheime Militärloge mit dem Namen *Ejército Bolivariano Revolucionario 200*, die später in *Movimiento Bolivariano Revolucionario 200* (MBR-200 – Bolivarische Revolutionäre Bewegung 200) umbenannt wurde. Sie gelobten, die Werte des Vaterlandes und des Militärs zu verteidigen und die Korruption zu bekämpfen (Zago 1998: 57). Zu diesem Zeitpunkt gaben Chávez und seine Mitverschwörer bereits selbst Kurse an der Militärakademie, womit sie Einfluss auf die nachfolgende Generation von Offizieren nehmen konnten.

In den Entwürfen des MBR-200 sollte das Militär sich nicht auf Verteidigungsaufgaben beschränken, sondern seine Ressourcen – Material und Know-how – umfassend in den Dienst des Landes stellen (Zago 1998: 47f.). Beeinflusst war diese Vorstellung von Vorbildern wie Omar Torrijos in Panama oder Velasco Alvarado in Peru, wo sich Chávez im Rahmen seiner Ausbildung im Dezember 1974 kurz aufgehalten hatte (Blanco Muñoz 1998:

38f.). Sollte eine solche Konzeption nicht offen auf eine Militärdiktatur hinsteuern, dann erforderte sie die Mitwirkung von Zivilisten. Deshalb verstand sich der MBR-200 von Beginn an als eine zivil-militärische Bewegung. Auf der Suche nach zivilen Verbündeten wurden die Verschwörer um Chávez vor allem in den Reihen der extremen Linken fündig, deren Konzept der Avantgarde auch zivil-militärische Gedankenspiele einschloss. Seit Beginn der 1980er Jahre bestanden enge Verbindungen zwischen dem MBR-200 und linken Veteranen aus dem Dunstkreis der Guerilla.⁷ Diese Kontakte sorgten allerdings für Spannungen auf beiden Seiten. Die Linken misstrauten den autoritären Tendenzen der Militärs, die wiederum Vorbehalte gegenüber ehemaligen Guerilleros wie Douglas Bravo oder Alfredo Maneiro besaßen – schließlich bildete der Kampf gegen die kommunistische Guerilla einen Grundpfeiler der militärischen Doktrin.

Bis 1986 baute der MBR-200 seine geographische Präsenz aus, nicht zuletzt dank eines Rotationsprinzips, nach dem Offiziere häufig ihre Einheiten wechselten (Blanco Muñoz 1998: 130). 1986 kam die Militärführung der Zelle auf die Spur, was diese zwang, ihre Expansion zu bremsen. In dieser Zeit konkretisierten die Verschwörer ihre politischen Ziele dahingehend, dass sie explizit auf einen Putsch hinarbeiteten und einen entsprechenden Zeitplan entwarfen (Blanco Muñoz 2004: 67). Praktische Vorbereitungen wurden aber nicht getroffen, unter anderem deshalb, weil die beteiligten Offiziere noch keine Kommandopositionen innehatten. Dies änderte sich nach dem *Caracazo* im Februar 1989, der von den „Bolivarianos“ als ein Startsignal empfunden wurde. Die Kontakte zu linken Gruppen wie dem PRV (*Partido de la Revolución Venezolano* – Venezolanische Revolutionspartei) und dem Medina-Flügel der *Causa R* wurden nach dem *Caracazo* wieder intensiviert (López Maya 2003). Wesentlichen Anteil daran, dass der MBR-200 seine Putschpläne verwirklichen konnte, hatte die Militärführung selbst, die, obwohl sie seit langem von den konspirativen Aktivitäten der Gruppe wusste – ohne allerdings über Beweise zu verfügen –, nicht konsequent einschritt. Stattdessen wurde Chávez im Juli 1990 zum Oberstleutnant („Comandante“) befördert. Im August 1991 wurde ihm das Kommando über ein Fallschirmjäger-Bataillon übertragen. Fast zeitgleich erhielten auch Ur-

⁷ Wichtigstes Verbindungsglied zwischen den linken Ex-Guerilleros und den Militärs bildete Chávez' Bruder Adán, der Mitglied des PRV, einer radikalen linken Splittergruppe um Douglas Bravo, war (*El Nacional*, 05.11.2002).

daneta Hernández und Acosta Chirinos Kommandopositionen.⁸ Am Abend des 3. Februar 1992 erfolgte nach wiederholten Verzögerungen die Mobilisierung in mehreren Stützpunkten des Landes.

Obwohl die Putschisten bereits am Morgen des 4. Februar ihr Scheitern eingestehen mussten, entfaltete der Putsch eine starke Wirkung in der Öffentlichkeit und gab der politischen Entwicklung eine neue, entscheidende Dynamik. Für Chávez war klar, dass die Stunde der Revolution gekommen war. Im Oktober 1992 schrieb er an Urdaneta Hernández: “[D]ie Saat, die wir ausgebracht haben, war breit und nachhaltig. Ich glaube an unsere Leute. [...] Wir müssen die Zügel nun vollständig in die Hand nehmen. [...] Lass uns also unsere Führungsmission annehmen” (Garrido García 2002: 266). Die enorme Popularität, die insbesondere Chávez infolge des Putschversuchs genoss, bildete ein politisches Kapital, von dem die Bewegung in der Folge zehrte und das den MBR-200 in einen gewichtigen politischen Akteur verwandelte. Nach seiner Begnadigung im März 1994 schied Chávez, ebenso wie die übrigen Putschoffiziere, aus dem Militär aus, womit ihm eine politische Betätigung offen stand. Noch vom Gefängnis aus hatte Chávez versucht, die Gründung einer legalen Variante des MBR-200 anzustoßen (Garrido García 2002: 282ff.). Nun ging er mit voller Energie an den Aufbau einer landesweiten Organisation, die zunächst vor allem dazu dienen sollte, die mit dem Putsch ausgelöste Dynamik zu erhalten und seine Anhängerschaft in eine feste politische Größe zu verwandeln. Er legte dabei – nach eigener Aussage – innerhalb von zwei Jahren fast 300.000 km zurück, um in jedem Winkel des Landes sein politisches Projekt und seine organisatorischen Vorschläge zu präsentieren (*El Universal*, 11.11.1996; Blanco Muñoz 1998: 297). Sein Diskurs drehte sich immer um dieselben Grundmotive: ein Ende der Korruption, soziale Gerechtigkeit, die Auflösung des Kongresses und allgemein die Notwendigkeit eines radikalen Wandels mit Hilfe einer verfassungsgebenden Versammlung (*El Nacional*, 12.06.1994). Während er damit in der breiten Öffentlichkeit zunächst kaum für Aufsehen sorgte, traf diese Botschaft in den Armenvierteln, die er besuchte, den Nerv des Publikums.

Das populistische Talent Chávez’ und die von ihm verkörperte Protesthaltung zogen auch zahlreiche Altlinke wie José R. Núñez Tenorio, Luis Miquilena, Manuel Quijada, Guillermo García Ponce und José Vicente Ran-

8 Diese Maßnahmen wurden als Hinweis darauf interpretiert, dass hinter dem Putsch vom Februar 1992 verdeckte Interessen standen und dass er mit stiller Duldung des Verteidigungsministers erfolgte. Eine ausführliche Stellungnahme Chávez’ zu dieser Hypothese findet sich in Blanco Muñoz (1998: 154ff.).

gel sowie Linksintellektuelle wie den bekannten Journalisten Alfredo Peña oder den Wirtschaftsprofessor Jorge Giordani an. Die traditionelle venezolanische Linke, die sich nun um Chávez scharte, Mitglieder des PCV und seiner zahlreichen Abspaltungen, hatte seit dem Ende der Gómez-Diktatur die politische Entwicklung Venezuelas in erheblichem Maße mitgeprägt (Alexander 1969). Gegen Ende der 1930er Jahre waren die Kommunisten die stärkste Kraft innerhalb der Gewerkschaften gewesen, hatten diese Position aber Mitte der 1940er Jahre an die AD verloren. In den Jahren der Diktatur von Pérez Jiménez arbeiteten sie im Widerstand eng mit jüngeren AD-Kadern zusammen, während sich die ältere AD-Führungsriege im Exil befand. Dennoch wurden die Kommunisten nach der Rückkehr zur Demokratie aus dem "Punto-Fijo-Pakt" ausgeschlossen, was neben der kubanischen Revolution zu ihrer Radikalisierung beitrug. Nach einer Phase des erfolglosen Guerillakampfes kehrten sie Ende der 1960er Jahre in die legale politische Arena zurück, um ihre revolutionären Ziele auf elektoralem Weg zu verfolgen. Aufgrund ihrer Zersplitterung gelang es der Linken jedoch nicht, ihr Wählerpotential auszuschöpfen. Trotz einer zunehmenden Delegitimierung des "Punto-Fijo-Systems" dauerte es weitere drei Jahrzehnte, bis sich mit Chávez eine realistische Chance der Machtübernahme bot (Ellner 1993).

Auch die traditionellen Akteure hatten nach 1992 versucht, angesichts der akuten Legitimitätskrise und des Vertrauensverlusts der politischen Institutionen von der Popularität Chávez' zu profitieren. Dieser hatte sich aber den Sirenen gesungen standhaft widersetzt und darauf beharrt, das politische Kapital seiner Bewegung nicht vorschnell in Machtanteile umzumünzen. Eine Beteiligung am elektoralen Wettbewerb, und sei es nur in Form einer Wahlempfehlung, hätte seiner Ansicht nach die revolutionären Ziele der Bewegung in Frage gestellt. Sein Motto lautete: "ANGRIFF AUF DAS SYSTEM MIT ALLEN UNSEREN MITTELN UND UNSERER MORALISCHEN KRAFT" (Garrido García 2002: 285 [Majuskeln im Original]). Nicht eine Machtbeteiligung strebte Chávez an, sondern die vollständige Erringung der Macht. Ende des Jahres 1996 schien dieses Ziel in greifbarer Nähe, als eigene Umfragen des MBR-200 zeigten, dass Chávez realistische Chancen auf einen Wahlsieg besaß. Auf dessen Drängen hin beschloss der MBR-200 (trotz anfänglich starker interner Widerstände) einen Strategiewechsel und eine Beteiligung an den Wahlen im Dezember 1998. Zu diesem Zweck wurde Mitte des Jahres 1997 eine Wahlplattform mit dem Namen

Movimiento Quinta República (MVR – Bewegung Fünfte Republik)⁹ gegründet. Die Mitgliederzahl des MVR wuchs im Laufe des Wahlkampfes rasch an und schon bald wurde er zum zentralen organisatorischen Vehikel des *Chavismo*, während der MBR-200 an Bedeutung verlor und faktisch im MVR aufging (Pereira Almas 2001; López Maya 2005).

Zu den ideologischen Inspiratoren der *Chavistas* gehörte Ezequiel Zamora, ein Caudillo im Föderalen Krieg Mitte des 19. Jahrhunderts, von dem der Schlachtruf “Schrecken der Oligarchie” überliefert ist. Dieses Motto bekräftigte Chávez im Wahlkampf, als er ankündigte “die Köpfe der Adecos und der Copeyanos [Mitglieder von AD und COPEI] zu frittieren” (Lander/López Maya 1999: 12). Sein Programm, das eine Rückkehr zu staatlichem Interventionismus verhieß und auch Elemente beinhaltete, die den Schutz des privaten Eigentums in Frage stellten, musste von wichtigen Machtgruppen als eine Kriegserklärung verstanden werden. Als Chávez seit März 1998 die Umfragen mit wachsendem Vorsprung anführte, löste dies bei den etablierten Parteien, bei den Unternehmern und in der Mittelschicht Panik aus. Um einen Wahlsieg des *Comandante* zu verhindern, setzten AD und COPEI im Mai 1998 eine Trennung der Parlaments- und Regionalwahlen – die in diesem Jahr zusammenfielen – von den Präsidentschaftswahlen durch. Erstere wurden einen Monat vorgezogen, um den Effekt der Personalisierung abzuschwächen und die eigene organisatorische Überlegenheit besser ausspielen zu können (Lander/López Maya 1999). Als Reaktion auf die Manöver von AD und COPEI gründete das chavistische Lager einen Parteienblock mit integrierten Listen, den *Polo Patriótico*, dem sich zahlreiche linke Parteien, unter anderen der MAS und der PPT, anschlossen.

Zuletzt setzten die Gegner Chávez’ ihre Hoffnungen ganz in Enrique Salas Römer. Dieser war im Jahr 1989 für eine Koalition aus COPEI, MAS und weiteren Parteien zum Gouverneur des Gliedstaates Carabobo gewählt und 1992 in diesem Amt bestätigt worden. Als erster Präsident der Gouverneursversammlung hatte er sich stark für eine weitere Dezentralisierung eingesetzt und sich landesweit einen Namen gemacht. Er galt zwar als COPEI-Mitglied, stand dieser Partei aber distanziert gegenüber und hatte 1995 eine eigene politische Organisation mit dem Namen *Proyecto Carabobo* gegründet. Diese verwandelte er unter dem Namen *Proyecto Venezuela* (PV) in eine landesweite Wahlplattform für seine Präsidentschaftskandidatur, die

9 Die vierte Republik war nach dieser Zählung eine oligarchische, die den gesamten Zeitraum seit der Abspaltung Venezuelas von Großkolumbien im Jahr 1830 umfasste (*El Universal*, 30.07.1997).

gegen Ende des Wahlkampfes stark an Dynamik gewann und von allen Vertretern des politischen Establishments unterstützt wurde (Welsch/Werz 1999).

Als der Wahltermin näher rückte und auch die vorgezogenen Parlamentswahlen im November 1998 den Vormarsch Chávez' nicht stoppen konnten, veränderte sich der Charakter des politischen Wettbewerbs grundlegend. An die Stelle der traditionellen Wahlkämpfe mit ihren Floskeln und Inszenierungen trat eine tief greifende Polarisierung, die die bisherigen (partei politischen) Konfliktlinien vollständig überlagerte und weit in die gesellschaftliche Sphäre hineinreichte. Der Wahlkampf bewegte sich nun außerhalb des von den traditionellen Parteien gesetzten Rahmens, der den gegenseitigen Angriffen Grenzen gesetzt hatte. Chávez spaltete durch seine aggressive Rhetorik die Parteien, die organisierten Interessen und gesellschaftliche Gruppen in Freund und Feind. Erstmals seit Jahrzehnten spielten dabei auch ökonomische Gegensätze eine Rolle. Hatten die Parteien zuvor sozioökonomische *Cleavages* bewusst ausgeklammert, um die politischen Konflikte auf ein kontrollierbares Maß zu begrenzen, so schlachtete Chávez dieses repräsentative Ungleichgewicht hemmungslos aus, ohne Rücksicht auf ökonomische oder politische Begleitschäden (Welsch/Werz 1999; Roberts 2003). Salas Römer verstärkte unfreiwillig den Effekt der Polarisierung, indem er im Wahlkampf hoch zu Ross erschien und damit ein ideales Gegenbild zu Chávez lieferte. In seinem Duktus und seinem Auftreten wirkte der in Yale ausgebildete Ökonom für den "Mann auf der Straße" abgehoben und elitär. Auch seine Anhänger rekrutierten sich vorwiegend aus den besseren Wohngegenden. Während Chávez vor lärmenden Massen in den Straßen auftrat, machten die Wahlveranstaltungen seines Gegenspielers einen sehr gepflegten und wohl organisierten Eindruck. Damit fand der in Venezuela schon immer bestehende, mit der Wirtschaftskrise aber verschärfte und politisierte Klassengegensatz Eingang in die elektorale Arena.

Nach dem deutlichen Wahlsieg Chávez' im Dezember 1998 schien sich diese Polarisierung kurzzeitig aufzulösen. Bald schon verstärkte sie sich aber wieder und dominiert seitdem das politische Leben Venezuelas. Die Funktionsprinzipien des venezolanischen Parteienstaats, der eine begrenzte Institutionalisierung des politischen Prozesses gewährleistet hatte, waren damit außer Kraft gesetzt. Die Mobilisierung der Bürger erfolgte nun nicht mehr in kontrollierter Form, sondern permanent, und auf der Ebene der Eliten trat an die Stelle des zuvor praktizierten Konsensmodells ein Machtkampf, der buchstäblich bis aufs Messer ausgetragen wurde. In den Jahren 2001 und

2002, als die Popularität des Präsidenten schwand und seine Gegner eine breite Oppositionsbewegung mobilisieren konnten, schien es, als würde die Ära Chávez ein baldiges Ende finden. Gravierende Fehler und Rivalitäten innerhalb der sehr heterogenen Oppositionsbewegung führten aber dazu, dass Chávez, nachdem er im April 2002 bereits geschlagen schien, triumphal ins Präsidentenamt zurückkehren und seitdem seine Machtposition immer weiter ausbauen konnte (Ellner 2008; Nelson 2009).

Im Widerstand gegen das chavistische Hegemonialstreben gelang es den oppositionellen Parteien nicht, neben den Gewerkschaften, Verbänden und Basisgruppen im Lager der Opposition die Initiative an sich zu ziehen. Die in den 1990er Jahren erfolgreichen Parteien wie die *Causa R*, der MAS oder *Convergencia* erwiesen sich als kurzlebig. Der PV Salas Römers besaß zwar nach der Wahlniederlage von 1999 noch ein gewisses Gewicht im Parlament, wo er über 20 Abgeordnetensitze verfügte, die Rolle als Führungsfigur der Opposition gegen Chávez, die er im Wahlkampf gespielt hatte, konnte Salas Römer aber nicht behaupten. Seine Partei verstrickte sich zusehends in interne Konflikte und bildete sich wieder zu einer regionalen Gruppierung zurück. Ein ähnliches Schicksal erlitt auch die Wahlplattform *Unión* von Francisco Arias Cárdenas, der im Juli 2000 als Einheitskandidat der Opposition gegen Chávez angetreten war. Arias gehörte zu den Mitbegründern des MBR-200, war aber bereits nach dem Putsch von 1992 auf Distanz zu Chávez gegangen und hatte im Frühjahr 2000 endgültig mit ihm gebrochen. Nach der Wahlniederlage gelang es ihm nicht, seinen Führungsanspruch innerhalb der Opposition aufrechtzuerhalten.

Die traditionellen Parteien befanden sich hoffnungslos in der Defensive und konnten auch in der Oppositionsbewegung nicht die Initiative zurückgewinnen. Ihre Basis war längst zu den neuen Machthabern abgewandert und ihre klientelistischen Netzwerke hatten sich aufgelöst, womit sie ihr Mobilisierungspotential verloren hatten. AD hatte nach dem Desaster von 1998 zunächst einen organisatorischen und personellen Neuanfang versucht, im März 2003 aber mit Henry Ramos Allup wieder ein altbekanntes Gesicht an die Parteispitze berufen. Der neue Generalsekretär sah die Bemühungen der Opposition zur Absetzung Chávez' als Chance, die Partei an die Macht zurückzuführen, verstrickte sich aber in taktische Manöver und durchsichtige Profilierungsversuche. Als die AD bei den Regional- und Lokalwahlen der Jahre 2004 und 2005 unerwartet schlecht abschnitt, verschärften sich erneut die internen Führungsstreitigkeiten. Eine für Oktober 2005 vorgesehene Urwahl sollte Klarheit über den weiteren Kurs liefern, musste aber aufgrund

mutmaßlicher Unregelmäßigkeiten verschoben werden. Mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen der Jahre 2005 und 2006 traten die internen Spannungen wieder etwas in den Hintergrund. Dies änderte nichts an der Orientierungslosigkeit der Partei, für die einerseits ein Zurück zu ihrer früheren Rolle nicht mehr möglich war, der es andererseits aber nicht gelang, unter den veränderten politischen Verhältnissen zu einer neuen Rolle zu finden.

In einer noch trostloseren Verfassung befand sich COPEI. Nach einer längeren Phase des programmatischen und organisatorischen Experimentierens versuchte auch diese Traditionspartei im November 2002 mit internen Wahlen – den ersten seit fast neun Jahren – einen Neuanfang. Parteipräsident wurde Eduardo Fernández, der nun wieder als Hoffnungsträger erschien, nachdem die Strategien der sogenannten Modernisierer um Ex-Präsident Herrera Campíns gescheitert waren. Unter der neuen Führung bezog die Partei eine kompromisslose Position gegenüber der Regierung und versuchte, eine integrierende Rolle innerhalb der Oppositionsbewegung zu spielen. Nach den von der Opposition boykottierten Parlamentswahlen des Jahres 2005 nahmen die internen Konflikte aber bereits wieder zu und führten im März 2006 zum Rücktritt der Parteiführung (*El Nacional*, 20.03.2006). Mit Luis Ignacio Planas und Luis Carlos Solórzano übernahm eine neue Generation das Ruder, die versuchte, die Partei mit der Umbenennung in “COPEI – Partido Popular” in eine breite *Catch-all*-Bewegung zu verwandeln. Da COPEI aber, abgesehen von einigen wenigen regionalen Hochburgen, inzwischen kaum noch über eine Wählerbasis verfügt und seine politische Anziehungskraft vollends eingebüßt hat, wird auch diese Neuorientierung den Niedergang der Partei nicht umkehren können.

Die dritte verbliebene Traditionspartei, der MAS, gehörte nach den Wahlen des Jahres 1998 zunächst dem Regierungslager an. Das Verhältnis zu Chávez war aber von Beginn an von Spannungen geprägt, da der Präsident bedingungslose Gefolgschaft forderte, während der MAS versuchte, einen eigenständigen Kurs zu steuern. Als in einer internen Wahl im November 2001 die Chávez-kritische Parteiführung um Generalsekretär Puchi und Parteipräsident Mujica bestätigt wurde, trat der MAS aus der Regierung aus. Auf den unteren Parteiebenen, wo das chavistische Experiment einige Sympathie genoss und vielen Funktionären der Abschied von den Pfründen der Regierung schwer fiel, fand die Parteiführung damit aber keine ungeteilte Zustimmung. Ein Kommentator in *El Universal* (23.01.2005) bemerkte: “Wenn zum Verlust des sozialistischen Traums noch der Verlust des Ar-

beitsplatzes hinzukommt, dann ist das schwere Kost für eine Parteibasis ohne allzu viel Orientierung.” Eine Fraktion unter Führung von Ismael García verblieb im Regierungslager und gründete eine eigene Partei mit dem Namen PODEMOS (*Por la Democracia Social*). Deren Loyalität gegenüber Chávez wurde einer harten Bewährungsprobe unterzogen, als der Präsident im Dezember 2006 die Gründung einer neuen Einheitspartei verfügte, in der alle Mitglieder seiner Koalition aufgehen sollten. Inzwischen hat auch PODEMOS die Option der Selbstbehauptung gewählt und sich von Chávez distanziert.

Neben den krisengeschüttelten Traditionsparteien existierte mit dem *Movimiento Primero Justicia* (MPJ – Bewegung Gerechtigkeit bzw. Rechtsstaatlichkeit zuerst) seit 2000 eine Partei, die zeitweise gute Aussichten besaß, eine Führungsrolle im oppositionellen Lager zu übernehmen. Der MPJ war aus einer zivilgesellschaftlichen Organisation hervorgegangen, die sich bereits seit einigen Jahren auf lokaler Ebene für eine Behebung der Missstände im Bereich der Justiz eingesetzt hatte. Die Partei übersetzte dieses Anliegen in ein politisches Programm, das vor allem die Notwendigkeit stabiler Institutionen und verlässlicher Regeln für die Funktionsfähigkeit eines politischen Systems betonte (*El Universal*, 11.04.2000). Der MPJ versuchte davon zu profitieren, dass er eine junge Partei war, die nicht mit dem *Puntofijismo* identifiziert wurde. Er schwankte dabei zwischen dem Schlußschluss mit den anderen oppositionellen Parteien und einer Strategie der Abgrenzung. Nach dem gescheiterten Abberufungsreferendum des Jahres 2004 verließ der MPJ die in der *Coordinadora Democrática* (CD) organisierte Oppositionsbewegung, um einen eigenständigen, gemäßigten Kurs einzuschlagen. Im Parlament ging er ein Bündnis mit der *Causa R* ein, die eine ähnliche Strategie verfolgte. Angesichts fortgesetzter Konfrontationen mit der Regierung besann man sich aber bald wieder auf eine Verständigung mit den übrigen Gruppen im oppositionellen Lager.

Wie alle venezolanischen Parteien besitzt auch der MPJ einen stark personalistischen Charakter. In der elektoralen Arena konnte er sich vor allem deshalb behaupten, weil sein Mitbegründer, Julio Borges, einem breiten Publikum aus einer TV-Show bekannt war. Als im August 2006 einige Führungsmitglieder des MPJ die Autorität Borges’ infrage stellten, endete dieser Disput in einer Spaltung. Zu den Dissidenten zählten der ehemalige Generalsekretär Gerardo Blyde und der Bürgermeister des Hauptstadtbezirks Chacao, Leopoldo López, die sich beide der Wahlplattform *Un Nuevo Tiempo* (UNT – Ein Neues Zeitalter) des ehemaligen AD-Mitglieds Manuel Rosales

anschlössen. Rosales war der Einheitskandidat der Opposition für die Präsidentschaftswahl im Dezember 2006. Seit 2000 amtierte er als Gouverneur des Staates Zulia. Dort hatte er die UNT zunächst als lokale Partei gegründet und aus Anlass der Präsidentschaftswahl auf den Rest des Landes ausgedehnt. Trotz der Wahlniederlage Rosales' etablierte sich die UNT als wichtigste Plattform der Opposition. Es handelt sich allerdings ebenfalls um eine stark personalistische Gruppierung mit einem sehr offenen Bewegungsscharakter. Ihre Dynamik bezog sie aus den Wahl- und Abstimmungsprozessen der Jahre 2000 bis 2006 und der damit verbundenen Mobilisierung. Der Zusammenhalt der UNT wurde vor allem durch die Person Rosales gewährleistet. Als deshalb die Regierung mithilfe der chavistisch dominierten Justiz gegen diesen vorging und ihn im Frühjahr 2009 ins Exil zwang, war die wichtigste Oppositionspartei führerlos und ihr Fortbestand infrage gestellt.

Auch andere prominente Oppositionsführer wurden unter fadenscheinigen Vorwänden juristisch belangt und auf diese Weise neutralisiert. Die Regierung griff zu jeder erdenklichen Art der Schikane und der Manipulation, um die Spielräume der Opposition einzuschränken. Der Staatsapparat wurde hemmungslos für parteipolitische Zwecke eingesetzt. In einem neuen Mediengesetz aus dem Jahr 2004 wurden sämtliche Fernsehsender zur Ausstrahlung von Regierungsverlautbarungen, den sogenannten "Cadenas", gezwungen und damit nach Belieben für Propagandazwecke nutzbar gemacht. Als bei den Regionalwahlen des Jahres 2008 der Posten des Bürgermeisters von Caracas an Antonio Ledezma, einen Vertreter der Opposition, fiel, ließ die Regierung kurzerhand durch das Parlament die Schaffung eines neuen Amtes beschließen, dem die meisten Kompetenzen und Ressourcen des Bürgermeisters zugeschlagen wurden. Mit Blick auf die Parlamentswahlen im September 2010 wurde durch eine Änderung des Wahlgesetzes das – in der Verfassung festgeschriebene – Prinzip der Proportionalität stark zugunsten eines Mehrheitswahlrechts eingeschränkt.

Abgesehen von diesen Manipulationen standen die oppositionellen Parteien aber auch vor einem grundsätzlichen Dilemma: Einerseits mussten sie ihre Kräfte bündeln und eine geschlossene Front gegenüber der Regierung bilden, andererseits wollten sie aber auch als Parteien mit einem eigenständigen Profil wahrnehmbar bleiben. Dies erklärt die Instabilität der zahlreichen Oppositionsbündnisse, die jeweils im Vorfeld von Wahlen, begleitet von taktischen Manövern und kleinlichen Verfahrensstreitigkeiten, geschlossen wurden, die aber über den jeweiligen Wahltermin hinaus nicht lange Bestand hatten.

Mit ähnlichen Problemen, wenngleich unter umgekehrten Vorzeichen, sahen sich die Regierungsparteien konfrontiert. Da das populistische Prinzip – die Einheit von Führer und Volk – keinen Raum für Parteien als eigenständige Akteure ließ, befanden sie sich in der Zwangslage, sich entweder in die Masse der *Chavistas* einzureihen und damit jede Eigenständigkeit aufzugeben oder aber aus der Regierung auszuscheiden. Chávez, der sich als Verkörperung des „Volkswillens“ betrachtete, forderte bedingungslose Gefolgschaft von den Mitgliedern seiner Koalition und zwang sie damit zur Selbstaufgabe. Dies musste neben PODEMOS auch der PPT erfahren, der sich nach der Spaltung der *Causa R* 1997 der Koalition um Chávez angeschlossen hatte. Nach Konflikten um die Kandidatenauswahl im Vorfeld der *Megaelecciones* im Jahr 2000, als der MVR wenig Rücksicht auf die Interessen seiner Bündnispartner nahm, schied die Partei kurzzeitig aus dem *Polo Patriótico* aus. Nach einem enttäuschenden Abschneiden bei den Wahlen und internen Auseinandersetzungen um die künftige Strategie trat sie Ende 2001 aber wieder in die Regierung ein. Dank ihrer erfahrenen Kader besetzte sie wichtige Schaltstellen, insbesondere innerhalb des Ölkonzerns PDVSA, der zeitweise von Ali Rodríguez, einem ehemaligen Guerillero, der Mitte der 1980er Jahre zur *Causa R* gestoßen war, geleitet wurde. Im Ringen zwischen Selbstbehauptung und Unterordnung entschied sich der PPT für letztere Option: „Heute sieht man, was die Unterordnung unter die personalistische Führung von Präsident Chávez betrifft, keinen Unterschied zwischen dem PPT und dem MVR“ (López Maya 2005: 207).

Das Führerprinzip des *Chavismo* führte auch zu Konflikten innerhalb des MVR selbst. Bereits unmittelbar nach dem Putsch des Jahres 1992, als Chávez unvermittelt im Zentrum des öffentlichen Interesses stand, hatten sich Spannungen mit den übrigen Putschoffizieren abgezeichnet.¹⁰ Herma Marksman, langjährige Partnerin und politische Weggefährtin Chávez', schildert die Entwicklung nach dem Putsch, als Chávez den MBR-200 neu organisierte, folgendermaßen:

Ich fühlte diesen Hugo, der sich verwandelt hatte, mit autoritären Zügen. [...]orthin [ins Gefängnis] kamen auch Leute, die behaupteten, dass Hugo der

10 Während des Putschversuchs hatten sämtliche Kommandeure ihre festgelegten Missionen erfolgreich ausgeführt. Allein Chávez war in Caracas von den Vorgaben abgewichen und hatte damit wesentlich zum Scheitern des Putsches beigetragen. Bis heute konnte er keine plausible Erklärung für sein Verhalten liefern, was einer der Gründe dafür war, dass sein absoluter Führungsanspruch innerhalb des MBR-200 auf Widerspruch stieß und seine früheren Weggefährten sich nach und nach von ihm distanzierten (Blanco Muñoz 2004).

Führer Lateinamerikas sei, der die Kräfte vereinen würde, um den reaktionären Kräften entgegenzutreten. Und im Grunde hat er es geglaubt (Blanco Muñoz 2004: 163).

[...] Hugo macht heute was er will. Es fing im Gefängnis an, mit all dieser Schmeichelei, als man begann, vor ihm zu kuschen, wie mein Freund Ronald [Blanco la Cruz – ehem. Gouverneur des Gliedstaats Táchira], der anerkannte, dass man sich unterordnen musste, alles akzeptieren, was Hugo sagte (Blanco Muñoz 2004: 239).

Offiziere wie Arias Cárdenas, die bis dahin sowohl hinsichtlich ihres militärischen Rangs wie auch in ihrer Rolle innerhalb der Verschwörergruppe gleichberechtigt neben Chávez agiert hatten, waren nicht bereit, diese neue Hierarchie anzuerkennen, was letztlich zum Bruch führen musste. Später, als die Bewegung anwuchs, verlief die Konfliktlinie zwischen den *Bolivarianos puros* des ursprünglichen MBR-200 und den Zivilisten, die später hinzugekommen waren. Die Spannungen akzentuierten sich in den Jahren 2000 und 2001, als zunächst Arias Cárdenas mit zahlreichen Gefolgsleuten aus dem Regierungslager ausschied und später auch die zivile Fraktion um Luis Miquilena die Seiten wechselte. Daraufhin übernahmen jüngere, von Chávez selbst während dessen Lehrtätigkeit an der Militärakademie ausgebildete Militärs eine zentrale Rolle innerhalb des MVR (Ellner 2008).

Spielten bei diesen Konflikten neben persönlichen Motiven auch programmatische Fragen eine Rolle, so drehten sich die Rivalitäten auf den unteren Ebenen der Partei allein um die Verteilung von Pfründen. Nach dem Wahlsieg ihres Caudillo forderten die Anhänger Chávez' ihren Anteil an der Beute – dem Staat – und auch alle anderen, die ein Stück vom Kuchen abbekommen wollten, zogen sich ein rotes Hemd über. Als im Zuge des Verfassungsgebungsprozesses im Jahr 2000 sämtliche Wahlämter neu besetzt werden sollten, versank die Partei in Grabenkämpfen und Intrigen, die von der zentralen Führungsebene, dem *Comando Táctico Nacional*, nicht mehr kontrolliert werden konnten (Ojeda 2001). Da der MVR zunächst lediglich als ein Wahlvehikel konzipiert worden war, fehlte es an organisatorischen Strukturen, die eine Kontrolle der Mitglieder im Stile von AD oder COPEI gewährleisten hätten.

Eine organisatorische Konsolidierung gelang dem MVR auch in der Folge nicht, was einerseits an der permanenten Mobilisierung lag, andererseits aber auch daran, dass sämtliche internen Entscheidungen in letzter Instanz von Chávez abhingen, der als Parteipräsident fungierte und das Führungspersonal nach Belieben ernannte oder entließ. Stabile Regeln und Verfahren für interne Entscheidungen konnten sich unter diesen Umständen nicht ent-

wickeln. Die Ausbildung fester organisatorischer Strukturen widersprach auch dem Bild, das Chávez von seiner Partei hatte. Er verstand seine Anhängerschaft nicht als ein strukturiertes Gebilde, sondern als eine spontane, amorphe Masse: “[I]ch habe die Vision, dass der notwendige Prozess in der Mobilisierung der Masse besteht. Der MVR und andere Bewegungen dienen dazu, diese Mobilisierung der Massen anzustoßen” (Blanco Muñoz 1998: 530). Seit der Gründung der Partei im Oktober 1997 wurden immer wieder interne Wahlen angekündigt und immer wieder verschoben. Erst auf Drängen Chávez’, der sich davon eine Stärkung der Partei in der Auseinandersetzung mit der Opposition versprach, fanden sie schließlich Mitte 2003 statt. Eine effektive Beteiligung der Mitglieder ging damit aber nicht einher, da Chávez den gesamten Wahlprozess steuerte und am Ende die wichtigste Personalie – die des Generaldirektors – persönlich entschied (Kestler 2009).

Die Widersprüche, die den MVR von Beginn an prägten, ließen sich mit den internen Wahlen des Jahres 2003, die die einzigen in der Geschichte der Partei bleiben sollten, nicht auflösen. Einerseits mussten in der Partei verbindliche Entscheidungen getroffen werden, insbesondere bei der Nominierung von Kandidaten für öffentliche Ämter, andererseits war sie unter den vorherrschenden politischen Verhältnissen nicht in der Lage, die hierfür notwendigen Regeln und Verfahren auszubilden. Mit den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2006 war der Lebenszyklus des MVR offenbar erschöpft. Zu keinem Zeitpunkt war er über die Gestalt einer reinen Wahlmaschinerie hinausgekommen, ohne dabei aber auch nur ansatzweise den Grad an Effizienz zu erreichen, der AD und COPEI auf dem Höhepunkt ihrer Machtentfaltung auszeichnete. Chávez selbst relativierte die Bedeutung seiner Partei, indem er parallele Strukturen förderte und den MVR phasenweise ostentativ ignorierte. Kurz nach der Präsidentschaftswahl verfügte Chávez die Gründung einer neuen “revolutionären Einheitspartei”, woraufhin der MVR pflichtschuldig die Selbstauflösung beschloss. Wie die Gründung der Partei wurde auch ihr Ende von oben verfügt. Das Führungsmitglied William Lara begründete den Verzicht auf ein Votum der Parteimitglieder damit, dass ohnehin “an der Basis niemand die Weisungen Chávez’ in Frage stellen würde” (*El Nacional*, 19.12.2006: A4).

Der MVR hatte nicht zuletzt darunter gelitten, dass sich unter dem Dach des *Chavismo* zahlreiche weitere Organisationen tummelten und die Partei damit nicht das Monopol über den Zugang zu staatlichen Gütern innehatte. Die Errichtung eines effektiven, zentral kontrollierten Parteiapparats gelang deshalb nicht. Die Notwendigkeit eines solchen Instruments offenbarte sich

im Dezember 2007, als Chávez ein Referendum über die Änderung der Verfassung und seine unbegrenzte Wiederwahl verlor – vor allem deshalb, weil die Beteiligung unter seinen Anhängern zu gering ausgefallen war. Die mediale, direkte Agitation durch den Caudillo genügte offenbar nicht, um das chavistische Wählerpotential zuverlässig zu mobilisieren. Der neue *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV), dessen offizielle Gründung im Januar 2008 stattfand, sollte dieses Defizit beheben. Diese Einheitspartei dient nun als zentrale organisatorische Plattform des *Chavismo* und als Anlaufstelle für alle, die Zugang zu Posten und Privilegien suchen. Da der PSUV nach eigenen Angaben über mehr als sieben Mio. Mitglieder verfügt (*El Nacional*, 17.06.2009), haben sich ziemlich genau so viele Bürger in dieser Partei eingeschrieben wie Chávez im Jahr 2006 an Wählerstimmen erhalten hat, was sehr eindrucksvoll die Qualität der Bindung zwischen dem Caudillo und seinen Klienten illustriert. Die Basisgruppen des PSUV heißen nicht wie in den traditionellen Parteien *Comités de Base* oder wie im MVR *Círculos Patrióticos*, sondern *Batallones Socialistas* (Sozialistische Bataillone) – eine Bezeichnung, in der die Funktion und der Charakter der Partei vortrefflich zum Ausdruck kommen. Im Frühjahr 2009 erfüllte der PSUV in der Tat seinen Zweck als Mobilisierungsinstrument, als Chávez ein erneutes Referendum über die Aufhebung der Amtszeitbegrenzung ansetzte und dieses Mal erfolgreich war. Im Vorfeld des Referendums waren laut Angaben des PSUV bis zu 1 Mio. Aktivisten unterwegs, um von Tür zu Tür um Stimmen zu werben und am Tag der Abstimmung das Erscheinen ihrer „Kunden“ in den Wahllokalen zu überwachen.

Die neue Einheitspartei, die nicht nur die Verteilung staatlicher Ressourcen an die Anhänger der Regierung übernimmt, sondern sicherstellt, dass im Gegenzug auch die Wählerstimmen geliefert werden, ähnelt in ihrer Struktur und ihren Funktionen in auffälliger Weise den klassischen Parteimaschinen Lateinamerikas, die mit AD und COPEI auch in Venezuela idealtypische Vertreter besaßen. Die Verbindung eines solchen Apparates mit einer charismatischen Führerfigur an der Spitze hat sich bereits in der Vergangenheit als wirksames Herrschaftsinstrument erwiesen. Während es aber andernorts Anzeichen dafür gibt, dass dieses Modell erschöpft ist und sich die Rolle der Parteien zu wandeln begonnen hat (Hagopian/Gervasoni/Moraes 2009), erlebt es in Venezuela, gespeist aus den Öleinnahmen, eine Renaissance. Die Bedingungen einer Petroökonomie mit ihrer zentralisierten Verteilungsstruktur und dem produktivitätsfeindlichen Anreizsystem bieten ideale Voraussetzungen für die Ausbildung klientelistischer Strukturen. Der

Staat wird zur Beute und dient der jeweils herrschenden Clique dazu, ihre Machtposition, also ihre Klientelbasis, so weit auszubauen, dass sie sich dauerhaft an der Macht festsetzen kann. Solange die Einnahmen aus dem Ölsektor fließen, dürfte deshalb die Hegemonie des *Chavismo* gesichert sein – zu Lasten der Demokratie in Venezuela.

Für die übrigen Parteien bleiben in dieser Situation kaum Optionen. Wie sollen sie sich angesichts eines politischen Wettbewerbs verhalten, der nicht nur durch den Missbrauch staatlicher Ressourcen und die Gleichschaltung sämtlicher Institutionen systematisch verzerrt wird, sondern in dem sich auch die Spielregeln permanent ändern? Jede bisher versuchte Taktik – die Mobilisierung der Straße, ein Generalstreik, ein Abberufungsreferendum, Wahlboykott, Wahlbeteiligung – hat nur zu einem weiteren Machtzuwachs Chávez’ geführt, der es, am längeren Hebel sitzend, stets verstanden hat, seine Gegner auszumanövrieren. Vor allem ist es ihm gelungen, durch seine Agitation und seine populistischen Exzesse jede Form der konstruktiven programmatischen Auseinandersetzung zu verhindern. Indem seit nunmehr über einer Dekade durch immer neue “revolutionäre” (Wahl- und Abstimmungs-)Schlachten die öffentliche Debatte auf die Frage “für oder gegen Chávez” reduziert wird, werden politische Inhalte – die ausufernde Kriminalität, die Inflation, die Lebensmittelverknappung, die Platzierung von Kubanern an den Schaltstellen der Verwaltung und die Frage nach dem Verbleib von 800 Mrd. US\$ an Öleinnahmen zwischen 1999 und 2009 – von der politischen Agenda verdrängt. Der permanente Wahlkampf ist das Grundprinzip des populistischen Systems. Die fortgesetzte Mobilisierung und die Verhinderung jeder inhaltlichen Auseinandersetzung liegen aber nicht allein in der Natur des Regimes, sie haben Methode. Den oppositionellen Parteien bleibt in dieser Situation keine andere Möglichkeit, als der Logik des *Chavismo* zu folgen und sich um ein populistisches Gegenprojekt zu bemühen. Sie sind damit gezwungen, sich auf ein Feld zu begeben, auf dem Chávez kaum zu schlagen ist, umso weniger angesichts der Schwäche der einzelnen Parteien, ihrer gegenseitigen Konkurrenz und ihrer internen Rivalitäten. Es ist ihnen bisher nicht gelungen, die notwendige Unterstützung an den Urnen zu mobilisieren, obwohl ein großer Teil der Wähler der Regierung Chávez skeptisch gegenübersteht (*El Universal*, 23.07.2005).

Populismus, Mobilisierung und Polarisierung lassen keinen Raum für Parteienpluralismus. Dies mussten auch die an der Regierung beteiligten Parteien erfahren, die für ihren Machtanteil – ihre *Cuota de poder* – mit der Selbstaufgabe zu bezahlen hatten. Indem Chávez eine konsequente Deinsti-

tionalisierung des politischen Prozesses betrieb, entzog er den Parteien, die, um überhaupt als solche bestehen zu können, auf einen institutionalisierten Rahmen angewiesen sind, ihre Existenzgrundlage. Ehe sich die Parteien wieder als politische Alternativen etablieren können, müssen zunächst einmal stabile institutionelle Strukturen geschaffen werden. Vorläufig bleibt ihnen keine andere Wahl, als die Implosion des *Chavismo* abzuwarten.

Literaturverzeichnis

- Alexander, Robert J. (1969): *The Communist Party of Venezuela*. Stanford.
- Blanco Muñoz, Agustín (1998): *Habla el Comandante*. Caracas.
- (2004): *Habla Herma Marksman: Hugo Chávez me utilizó*. Caracas.
- Boeckh, Andreas (2000/2001): "Venezuela auf dem Weg zu einem autoritären Neopopulismus?". In: *WeltTrends* 29, S. 79-96.
- Brewer-Carías, Allan R. (1988): *Problemas del Estado de Partidos*. Caracas.
- Buxton, Julia (2001): *The Failure of Political Reform in Venezuela*. Aldershot.
- Carr, Barry/Ellner, Steve (Hrsg.) (1993): *The Latin American Left: From the Fall of Allende to Perestroika*. Boulder.
- Chalmers, Douglas A. et al. (Hrsg.) (1997): *The New Politics of Inequality in Latin America. Rethinking Participation and Representation*. Oxford.
- Coppedge, Michael (1994): *Strong Parties and Lamé Ducks. Presidential Partyarchy and Factionalism in Venezuela*. Stanford.
- Crisp, Brian F. (1992): *Tyranny by the Minority: Institutional Control of Participation in the Venezuelan Democracy*. Ph.D. Diss. Ann Arbor.
- Diamond, Larry J. et al. (1999): *Democracy in Developing Countries. Latin America*. Boulder.
- Dix, Robert H. (1989): "Cleavage Structures and Party Systems in Latin America". In: *Comparative Politics*, 22, 1, S. 23-37.
- Ellner, Steve (1988): *Venezuela's Movimiento al Socialismo: From Guerrilla Defeat to Innovative Politics*. Durham.
- (1993): "The Venezuelan Left: From Years of Prosperity to Economic Crisis". In: Carr, Barry/Ellner, Steve (Hrsg.): *The Latin American Left: From the Fall of Allende to Perestroika*. Boulder, S. 139-154.
- (1996): "Political Party Factionalism and Democracy in Venezuela". In: *Latin American Perspectives*, 23, 3, S. 87-109.
- (2008): *Rethinking Venezuelan Politics: Class, Conflict, and the Chavez Phenomenon*. Boulder/London.
- Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.) (2003): *Venezuelan Politics in the Chávez Era: Class, Polarization, and Conflict*. Boulder.
- Garrido García, Alberto (Hrsg.) (2002): *Documentos de la Revolución Bolivariana*. Caracas.

- Guggenberger, Bernd/Veen, Hans-Joachim/Zunker, Albrecht (Hrsg.) (1976): *Parteienstaat und Abgeordnetenfreiheit. Zur Diskussion um das imperative Mandat*. München.
- Hagopian, Frances/Gervasoni, Carlos/Moraes, Juan A. (2009): "From Patronage to Program. The Emergence of Party-Oriented Legislators in Brazil". In: *Comparative Political Studies*, 42, 3, S. 360-391.
- Herman, Donald L. (1980): *Christian Democracy in Venezuela*. Chapel Hill.
- Karl, Terry L. (1987): "Petroleum and Political Pacts: The Transition to Democracy in Venezuela". In: *Latin American Research Review*, 22, 1, S. 63-94.
- Kestler, Thomas (2009): *Parteien in Venezuela. Repräsentation, Partizipation und der politische Prozess*. Baden-Baden.
- Lander, Luis E./López Maya, Margarita (1999): "Venezuela. La victoria de Chávez. El Polo Patriótico en las elecciones de 1998". In: *Nueva Sociedad*, 160, S. 4-19.
- (2000): "Venezuela: la hegemonía amenazada". In: *Nueva Sociedad*, 167, S. 15-25.
- Levine, Daniel H./Crisp, Brian F. (1999): "Venezuela: The Character, Crisis, and Possible Future of Democracy". In: Diamond, Larry J. et al.: *Democracy in Developing Countries. Latin America*. Boulder, S. 366-428.
- López Maya, Margarita (1997): "The Rise of Causa R in Venezuela". In: Chalmers, Douglas A. et al. (Hrsg.): *The New Politics of Inequality in Latin America Rethinking*. Oxford, S. 117-143.
- (2003): "Hugo Chávez Frías: His Movement and His Presidency". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *Venezuelan Politics in the Chávez Era*. Boulder, S. 73-92.
- (2005): *Del viernes negro al referendo revocatorio*. Caracas.
- López Maya, Margarita/Gómez Calcaño, Luis/Maingón, Thaís (1989): *De Punto Fijo al Pacto Social: desarrollo y hegemonía en Venezuela (1958-1985)*. Caracas.
- Martz, John D. (1964): "Venezuela's Generation of '28. The Genesis of Political Democracy". In: *Journal of Inter-American Studies*, 6, 1, S. 7-27.
- (1966): *Acción Democrática: Evolution of a Modern Political Party in Venezuela*. Princeton.
- McCoy, Jennifer L. et al. (Hrsg.) (1995): *Venezuelan Democracy Under Stress*. Coral Gables.
- Molina Vega, José E. (2003): *El sistema de partidos venezolano: de la partidocracia al personalismo y la inestabilidad* (<www-personal.umich.edu/~mmarteen/svs/jornadas/Molina.pdf>; 30.01.2007).
- Navarro, Juan C. (1995): "In Search of the Lost Pact: Consensus Lost in the 1980s and 1990s". In: McCoy, Jennifer L. et al. (Hrsg.): *Venezuelan Democracy Under Stress*. Coral Gables, S. 13-31.
- Nelson, Brian A. (2009): *The Silence and the Scorpion. The Coup Against Chávez and the Making of Modern Venezuela*. New York.
- Njaim, Humberto (1981): "El financiamiento de la maquinaria partidista en Venezuela", in: Rey, Juan C. et al. (Hrsg.): *El financiamiento de los partidos políticos y la democracia en Venezuela*, Caracas, S. 25-76.
- Ojeda, William (2001): *La V por dentro: caras nuevas, vicios viejos*. Caracas.
- Penniman, Howard R. (Hrsg.) (1980): *Venezuela at the Polls: The National Elections of 1978*. Washington, D.C.

- Pereira Almas, Valia (2001): *El Movimiento V República en Venezuela: fuerzas y debilidades* (<www-personal.umich.edu/~mmarteen/svs/jornadas/Pereira.pdf>; 23.09.2007).
- Powell, John D. (1971): *Political Mobilization of the Venezuelan Peasant*. Cambridge.
- Rey, Juan C. (1987): "El futuro de la democracia en Venezuela". In: Silva Michelena, José A. et al. (Hrsg.): *Venezuela hacia el 2000*. Caracas, S. 183-245.
- Rey, Juan C. et al. (Hrsg.) (1981): *El financiamiento de los partidos políticos y la democracia en Venezuela*. Caracas.
- Roberts, Kenneth M. (2003): "Social Polarization and the Populist Resurgence in Venezuela". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *Venezuelan Politics in the Chávez Era*. Boulder, S. 55-72.
- Rudzio, Wolfgang (1976): "Parlamentarische Parteiendemokratie – Oder was sonst?". In: Guggenberger, Bernd/Veen, Hans-Joachim/Zunker, Albrecht (Hrsg.) (1976): *Parteienstaat und Abgeordnetenfreiheit. Zur Diskussion um das imperative Mandat*. München, S. 117-126.
- Silva Michelena, José A./Sonntag, Heinz R. (1979): *El proceso electoral 1978: su perspectiva histórico-estructural*. Caracas.
- Silva Michelena, José A. et al. (Hrsg.) (1987): *Venezuela hacia el 2000. Desafíos y opciones*. Caracas.
- Sonntag, Heinz R./Maingón, Thais (1990): "Las elecciones en Venezuela en 1988 y 1989: del ejercicio del rito democrático a la protesta silenciosa". In: *Revista Mexicana de Sociología*, 52, 4, S. 127-154.
- Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (1999): *Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela*. Rostock.
- Werz, Nikolaus (1983): *Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela*. München.
- Zago, Angela (1998): *La rebelión de los Ángeles*. Caracas.